

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

16 (17.8.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 16

Mannheim, den 17. August 1946

Preis 10 Pfg.

Ein Jahr nach Potsdam

Der Beginn der Pariser Friedenskonferenz fiel beinahe mit dem Tag zusammen, an dem vor einem Jahr die Potsdamer Konferenz mit der Veröffentlichung ihrer Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands beendet wurde.

Das Kernstück der Beschlüsse von Potsdam sind die politischen und wirtschaftlichen Prinzipien über die Behandlung Deutschlands. Die deutschen Antifaschisten haben diese Prinzipien, welche die Ausrottung des Nazismus und Militarismus in der sozialen und politischen Struktur und im wirtschaftlichen Leben Deutschlands vorsehen, bejaht, und ihre Arbeit und ihr Leben in den letzten 12 Monaten danach eingerichtet.

Die Einheit Deutschlands soll gewahrt bleiben, das ist der Wille aller Alliierten, und alle Besatzungszonen unterliegen den gleichen Bedingungen, wie sie das Abkommen von Potsdam vorsieht. Der Alliierte Kontrollrat in Berlin hat auch schon eine Reihe grundlegender Entscheidungen getroffen, in denen in den einzelnen Zonen im wesentlichen auch einheitlich vorgegangen wird. Dennoch kann niemand übersehen, daß die Entwicklung in den verschiedenen Zonen unterschiedlich verläuft und die Bemühungen um die Herstellung demokratischer Verhältnisse bis zu einem verschiedenen Grad gediehen sind.

Die politischen und moralischen Trümmer des Hitlerregimes werden in den verschiedenen Gebieten Deutschlands recht unterschiedlich aus dem Weg geräumt, der ganz Deutschland zur Schaffung einer ungeteilten antifaschistisch-demokratischen Republik führen soll.

Uebersehen läßt sich aber auch nicht, daß auf diesem Weg die sowjetisch besetzte Zone politisch und wirtschaftlich einen großen Vorsprung vor den anderen Zonen erreicht hat. Grundlegende demokratische Maßnahmen, wie die demokratische Bodenreform, die Enteignung der Industriebetriebe von Nazis und Kriegsverbrechern, die Schulreform führten nicht nur zu einer Erfüllung der wirtschaftlichen Prinzipien, sondern auch der politischen Absichten der Potsdamer Beschlüsse.

Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiß, daß der vielberedete „eiserne Vorhang“ — den übrigens Goebbels im Jahre 1944 erfunden hat — in Wirklichkeit gar nicht existiert. Er weiß auch, wo heute Fortschritt oder Stillstand oder aber Versuch politischen Rücklaufs zu finden ist. Er weiß genau, wo die Trümmer der Vergangenheit wegzuräumen sind, die den Weg zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands versperren.

Es ist keineswegs verwunderlich, daß es zwischen den einzelnen alliierten Staaten Unterschiede in der Auffassung über die Schaffung der neuen Friedensordnung gibt. Es wäre unklug, zu übersehen, daß reaktionär-imperialistische Kräfte versuchen, sich bei der Neugestaltung der Verhältnisse geltend zu machen und sich in dieser oder jener Form durchzusetzen. Insbesondere in

diesem oder jenem Land, wo die demokratischen Kräfte nicht genügend stark und einig genug sind, um reaktionäre Kombinationen rechtzeitig zu vereiteln.

Die Unterschiedlichkeit der Auffassung der einzelnen Besatzungsmächte spiegelt sich naturgemäß in der Entwicklung des demokratischen Lebens in Deutschland. Das heißt aber keineswegs, daß sich die Alliierten nicht einigen könnten. Das heißt keineswegs, daß die immer wieder auftretenden Differenzen, die sich aus der Unterschiedlichkeit in der Auffassung der einzelnen Staaten ergeben, nicht zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit auf die Dauer führen könnten. Das heißt nicht, daß schließlich nicht doch bald ein Zustand erreicht wird, wo die Zonen fallen und die

Ich bin in der
Kommunistischen
Partei
Deutschlands

denn
sie
kämpft
für
die



Einheit der
Arbeiterklasse!

Zusammenarbeit in Deutschland auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet einheitlich erfolgt.

Die demokratischen Kräfte im Westen haben noch eine große Arbeit vor sich, um die demokratisch fortgeschrittenen Gebiete Deutschlands einzuholen. Noch ist bei uns nicht der reaktionär-militaristische Großgrundbesitz enteignet. Parteigänger der Reaktion versuchen, den Gedanken der demokratischen Bodenreform umzufälschen in ein Siedlungsgesetz. Noch sind bei uns die Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziverantwortlichen nicht enteignet. Die Konzerne, Trusts und Unternehmerverbände, die ökonomischen Träger des deutschen Faschismus und Imperialismus nicht zerschlagen, noch sind unsere Verwaltungen nicht von allen Reaktionären gesäubert und zu wirklich volksnahen Selbstverwaltungsorganen umgestaltet.

Stein um Stein müssen wir die Trümmer der Vergangenheit beseitigen.

In Potsdam wurde schon vor einem Jahr der Weg Deutschlands aufgezeigt. In ganz Deutschland, unbeschadet der Besonderheit

der jeweiligen Zone, steht vor den fortschrittlichen Kräften aller Parteien dieselbe Aufgabe: die Reaktion zu vernichten und den Kräften der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Nur wenn alle fortschrittlich-demokratischen Menschen in ganz Deutschland denselben Weg gehen, werden wir in dieser großen geschichtlichen Entscheidung bestehen. Entweder ein freies einheitliches Deutschland, getragen von den demokratischen fortschrittlichen Kräften, oder die Zerreißung Deutschlands um reaktionärer Kombination willens.

Wir Kommunisten sind uns der historischen Verantwortung bewußt, welche wir heute zu tragen haben und kämpfen für ein ungeteiltes demokratisches Deutschland. Wir wissen, daß nur durch den Zusammenschluß aller Werktätigen in einem geschlossenen einheitlichen Block die Reaktion endgültig besiegt werden kann und sehen in der Einheit der Arbeiterschaft die Voraussetzung der Einheit Deutschlands.

Es ist Zeit, den neuen Weg zu begehen! Es geht nicht um diese oder jene Partei, sondern um das Schicksal aller Schaffenden, es geht um die Zukunft unseres Volkes.

Wie stehen die Kommunisten zum Eigentum?

Es gehört zum eisernen Bestand der Argumente aller Gegner des Sozialismus, uns den Vorwurf zu machen, daß wir angeblich jegliches Eigentum abschaffen und alles gleich machen wollen. Diese Verleumdung gegen den konsequenten Marxismus wurde seit Bestehen der sozialistischen Arbeiterbewegung als vergiftete Waffe von der Reaktion benutzt.

Was ist in Wahrheit unser Ziel?

Die K.P. kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Eigentum in der historischen Entwicklung

Diese gedrängte marxistische Formulierung unserer Stellung zum Eigentum geht von der Tatsache aus, daß eine allgemeine, für alle Zeiten gültige Begriffsbestimmung des Eigentums dem Marxismus fremd ist. Bereits in seiner Schrift gegen Proudhon „Das Elend der Philosophie“ schrieb Karl Marx:

„In jeder historischen Epoche hat sich das Eigentum anders und unter ganz verschiedenen Verhältnissen entwickelt. Das bürgerliche Eigentum definieren, heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen.“

„Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten und ewigen Idee geben zu wollen, kann nicht anders sein, als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.“

Und in dem von Marx und Engels verfaßten „Manifest der Kommunistischen Partei“ heißt es:

„Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums über-

Badische
Landesbibliothek

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische
Landesbibliothek

haupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.“

„Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht.“

Die Stellung des Marxismus zum Eigentum fußt also auf der historischen Entwicklung der Eigentumsformen. Nur aus dieser Entwicklung ist unsere heutige Stellung zum Eigentum zu erklären.

Vom mittelalterlichen Kleinbetrieb ...

Vor der modernen kapitalistischen Produktionsweise, im Mittelalter, bestand allgemein der Kleinbetrieb. Seine Grundlage war das Privateigentum an den Produktionsmitteln: dem Bauer gehörten Boden, Vieh, die Ackergeräte; Werkstatt, Handwerkszeuge und Rohstoffe besaß der Handwerker. Diese Eigentumsform der Produktionsmittel war unentwickelt, für den Einzelgebrauch berechnet. Auch der Produktionsprozeß hatte einzelne, private Formen. Der Handwerker stellte sein Produkt von Anfang bis Ende selbst her. Die Arbeitsteilung war schwach entwickelt. Das Produkt blieb Eigentum des Herstellers. Ueberproduktionskrisen konnten in dieser einfachen Warenwirtschaft nicht entstehen.

Die kapitalistische Produktionsweise jedoch setzt das Vorhandensein eines Proletariats, d. h. von persönlichen freien Menschen voraus, die keine Produktionsmittel besitzen. Diese Klasse verfügt lediglich über ihre Arbeitskraft, welche sie an die Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen muß, weil sie leben will.

Historische Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise war die Enteignung der kleinen Warenproduzenten von ihren Produktionsmitteln, die Umwandlung des auf eigener Arbeit ruhenden Privateigentums in kapitalistisches Eigentum. Dieser Prozeß wird als Akkumulation des Kapitals bezeichnet. Im „Kapital“, Band 1, sagt Marx dazu:

„Die Geschichte dieser Expropriation (Enteignung) ist in den Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.“

Es ist ein frommes Märchen der bürgerlichen Verteidiger des Kapitals, wenn sie behaupten, es sei durch Fleiß und Sparsamkeit entstanden. Es war im Gegenteil ein gewaltsamer Prozeß.

... zur gesellschaftlichen Produktionsweise

Mit der Entwicklung des kapitalistischen Privateigentums begann die große Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsweise. Die Bourgeoisie hat die zersplitterten Produktionsmittel zusammengefaßt, entwickelt, und Arbeitsteilung und Organisation der Produktion ungeheuer gesteigert. Die Fabrik, der moderne Großbetrieb mit der Maschine, der Kombination aller Maschinen in einem Werk, schufen das moderne Produktionsinstrument. Nur wenn sie in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen, wenn ihr Arbeitstempo aufeinander abgestimmt ist, funktioniert der Produktionsmechanismus.

Doch der Mechanismus kann nicht von einem Privatmann in Bewegung gesetzt werden, sondern nur von vielen Menschen zu gleicher Zeit: von der Belegschaft. Die Produktionsmittel sind also von privaten zu gesellschaftlichen geworden. Ebenso steht es mit dem Produktionsprozeß und dem Produkt. Da viele Arbeiter an einem Schuh arbeiten, kann — wie ehemals der Handwerker — keiner sagen: das ist mein Produkt. Aber die tausende Paar Schuhe sind

Zeitungen und Zeitschriften die wir lesen

„Einheit“

Theoretische Monatsschrift für Sozialismus

Das Heft Nr. 2 bringt eine Fülle vielseitigen und interessanten Materials. An der Spitze einen grundsätzlichen Artikel Wilhelm Piecks „Der deutsche Imperialismus — Die Lehren aus seiner Entwicklung“. Der Schöpfer der demokratischen Bodenreform, Edwin Hörnle, stellt mit seinem Artikel „Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern“ fest, daß die Hauptinteressen beider Klassen sie zum gegenseitigen Vertrauen und zur gegenseitigen Hilfe zwingt. Rudolf Appelt gibt in seinem Beitrag „Volksdemokratie in der Tschechoslowakei“ eine Analyse der fortschrittlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei. Der Aufsatz Karl Sothmanns „Auf dem Wege zur Menschenbildung“ stellt Aufgaben und Ziele der demokratischen Schulreform ausführlich dar.

In der Rubrik: „Aus der Vergangenheit für die Gegenwart“ werden die wichtigsten Neuerscheinungen der klassischen marxistischen Literatur, welche in einer ganz anderen Situation als der heutigen geschrieben wurden, dem heutigen Leser nähergebracht, und in ihrem unvergänglichen Wert, ihrer Bedeutung für die geistige Klärung unserer Zeit und für unser praktisches Handeln in der Gegenwart verständlich gemacht. Herbert Warncke schreibt über Engels „Deutschen Bauernkrieg“, Karl Hofmann über Lenins „Was tun?“. Der größte deutsche bürgerliche Dichter Thomas Mann verurteilt die von den Volksfeinden lancierte antikommuni-

das Produkt der Belegschaft. Auch die Arbeit vollzieht sich nicht für den privaten, sondern für den gesellschaftlichen Bedarf. Der Großbetrieb arbeitet für den Markt und nicht für diesen oder jenen Kunden.

Das Privateigentum

Solange die Produktionsmittel privaten Charakter trugen und auf der eigenen Arbeit des Produzenten beruhten, war das Privateigentum vernünftig. Je größer es anwuchs, desto besser konnte der Bauer und Handwerker leben. Aber das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde unvernünftig, nachdem dieses sich in gesellschaftliche verwandelt hatten. Heute bedeutet es die Trennung der Produzenten von ihren Existenzmitteln. Es wurde ein Mittel zur „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“.

Weil die Arbeiter nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, müssen sie für die Besitzer der Produktionsmittel arbeiten, welche von der Ausbeutung leben. Das kapitalistische Privateigentum ist also die Ursache für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Aus den entgegengesetzten Interessen der Klassen entwickelt sich der Klassenkampf, die treibende Kraft der modernen geschichtlichen Entwicklung.

Unser Ziel:

Sozialismus bedeutet Abschaffung der Klassen, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das ist das Ziel der K.P. Der erste Schritt dazu ist die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums. Keine Partei, die vorgibt, eine sozialistische zu sein, kann auf diese grundlegende Forderung verzichten.

Schutz den Kleinen

Das private Eigentum der Bauern und Handwerker an ihren Produktionsmitteln dient in der Regel nicht der Ausbeutung.

stische Stimmung in seinem Aufsatz „Der Antibolschewismus — die Grundtorheit unserer Epoche“; Georg Lukacs gibt in seinem Beitrag „Marx und das Problem des ideologischen Verfalls“ ein Querschnitt durch die geistigen Verfallserscheinungen in Philosophie und Wissenschaft, Kunst und Literatur als Resultat der kapitalistischen Entwicklung.

„Neuer Weg“

Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung

Die reich illustrierte Nummer 4 nimmt zu den verschiedenen großen Volksaktionen in der sowjetisch besetzten Zone Stellung, in einem Artikel „Ernte und Volkssolidarität“ von Reutter, einem Beitrag von Max Fehner „Die Bedeutung der Gemeindegewahlen“ und in einer für jeden Arbeiterfunktionär außerordentlich interessanten Abhandlung von Beling „Lehren der Volksentscheidungskampagne für unsere Organisationsarbeit“.

Neben zahlreichen Berichten „Aus der Praxis — Für die Praxis“, auf den Gebieten des Neuaufbaues, der Preiskontrolle, der Propaganda, der Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsarbeit beschäftigt sich die Ausgabe mit den Themen: Jugend, Frauen, Ernährungswirtschaft im Westen u. a. m.

Beide Zeitschriften („Einheit“ und „Neuer Weg“) sind durch den Verlag Einheit, GmbH., Berlin C 2, Wallstraße 76-79, gegen Einsendung des Betrages von 0.50 RM in Einschreibebrief zu beziehen.

Beide gehören weder zur Bourgeoisie noch zum Proletariat; sie bilden mit den Geschäftsleuten und Intellektuellen die Mittelschichten. Darum hat unsere Partei kein Interesse daran, diesen Menschen ihr Privateigentum zu entziehen. Im Gegenteil: wir werden ihr Eigentum schützen, indem wir durch die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums dafür sorgen, daß kein Handwerker, Bauer oder Geschäftsmann von den kapitalistischen Konkurrenten erdrückt wird.

Noch viel weniger denkt unsere Partei daran, das persönliche Eigentum an Gebrauchsgütern aufzuheben. Wenn interessierte Gegner des Kommunismus sich zu der Behauptung verstiegen haben, im Kommunismus werde keiner mehr sein eigenes Hemd besitzen, so können wir über diese Argumente nur lächeln. Sie kommen von Leuten, deren Spezialität es ist, den Marxismus zu widerlegen, bevor sie sich ernsthaft damit befassen haben. Ganz im Gegenteil kämpfen wir Kommunisten darum, die Voraussetzung zu schaffen, um die breiten Massen unseres Volkes mit allen Verbrauchsgütern zu versorgen, deren sie bedürfen.

Das wird in der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich sein. Trotzdem werden wir beständig um Verbesserung der Lage ringen. Aber erst in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in der jeder nach seiner Fähigkeit arbeitet, kann die Verteilung der erzeugten Güter nach dem Prinzip „jedem nach seinen Bedürfnissen“ vorgenommen werden. Das persönliche Eigentum, der persönliche Reichtum des Einzelnen wird in dieser Gesellschaft unendlich viel größer sein, als es heute für die Massen der Fall ist. Allerdings werden die Produktionsmittel davon ausgeschlossen sein; sie werden der Gesellschaft gehören, kein einzelner wird sie mehr monopolisieren können, um andere Menschen auszubeuten.

Sichert Eure Löhne durch Kontrolle der Preise

Mannheimer Abendakademie

Es scheint, daß nach längeren Vorbereitungen nun auch in Mannheim eine Volkshochschule, die den Namen „Mannheimer Abendakademie“ tragen wird, zustande kommt. Die Mannheimer Arbeiterschaft ist naturgemäß stark an einer solchen Einrichtung interessiert, die dem Neuaufbau des geistigen und kulturellen Lebens unseres Volkes dient.

Die Hitler-Barbarei hat uns nicht nur materielle Trümmer hinterlassen, sondern auch ein geistiges Chaos. Die Nazi-Ideologie wirkt noch in den Köpfen breiter Schichten unseres Volkes nach. Die Auswirkung des Nazischulregimes, sein Niveau, seine Methode auf das Bildungsniveau des gesamten Volkes ist erschreckend. Es gilt, die Leere in den Köpfen zu überwinden, die Bildungslücken zu schließen, die Jugendliche und Erwachsene im beruflichen und gesellschaftlichen Fortkommen hindern.

Aufgabe der Abendakademie darf es aber nicht nur sein, der erwachsenen Bevölkerung und der Jugend nur Wissen um des Wissens willen zu vermitteln, sondern Wissen mit dem Zweck, ihre berufliche, gesellschaftliche und politische Qualifikation zu erhöhen und die aktive Teilnahme breiter Volksschichten am demokratischen Neuaufbau Deutschlands zu erreichen. Eine Pflanzstätte einer fortschrittlichen demokratischen Ideologie muß die Mannheimer Abendakademie werden, in welcher alle Wissensgebiete vom Standpunkt der fortschrittlichen Demokratie beleuchtet werden.

Unser demokratischer Neuaufbau braucht begeisterte Aktivisten. Im Volke schlummern Kräfte, die geweckt und systematisch gefördert und für ihre Aufbauarbeit vorbereitet werden müssen. In die Gemeinde- und Landesverwaltungen sollen im Zuge der Demokratisierung der Verwaltung neue antifaschistische Kräfte aus dem Volke einziehen, denen das Wissen vermittelt werden muß, das sie zur Bewältigung ihrer

Aufgaben benötigen. Die neuen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre bedürfen eingehender Schulung in Betriebswirtschaftslehre, Sozialrecht, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung usw.

Die Parteien sollen die breiteste Möglichkeit haben, in Kursen und Vorträgen Grundsätzliches zu ihrer Weltanschauung, zu den Fragen der deutschen Geschichte, zur deutschen Wirtschaft, zur Entwicklung in Vergangenheit und Zukunft darzulegen. Von vorn herein wird man, um der Mannheimer Abendakademie trotz der schlechten Verkehrsverhältnisse und sonstiger hemmender Umstände eine breiteste Wirkungsmöglichkeit zu sichern, in verschiedensten Stadtteilen Kurse durchführen und es ist sogar denkbar, daß durch Vereinbarungen mit den Betriebsleitungen, den Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten in größeren Betrieben für Jugendliche und Erwachsene Kurse der Abendakademie während der letzten Arbeitsstunden, auf jeden Fall aber unmittelbar nach Betriebschluß in den Räumen des Betriebes durchgeführt werden.

Am Donnerstag, den 22. August wird in der Turnhalle der Wohlgelegenschule um 19.15 Uhr ein öffentlicher Ausspracheabend stattfinden, bei dem alle Schichten der Mannheimer Bevölkerung Gelegenheit haben werden, ihre Wünsche und Vorschläge für die Programmgestaltung der künftigen Mannheimer „Abendakademie“ zur Sprache zu bringen. Schriftliche Anregungen können ab sofort gerichtet werden an die „Mannheimer Abendakademie“ Mannheim, Kunsthalle.

Das schaffende Volk der Stadt Mannheim muß das Gesicht der „Mannheimer Abendakademie“ maßgebend bestimmen und wird aktiv daran mitarbeiten, diese zu einem Instrument zur Erziehung aktiver Teilnehmer am demokratischen Neuaufbau Deutschlands zu gestalten.

Die Kommunistischen Stadträte

sind für die ganze Bevölkerung zu sprechen:

In Mannheim: Montags und Freitags von 16—18.30 Uhr in S 3, 10.

In Pforzheim: Dienstags und Freitags von 16—19 Uhr, Westliche 277.

In Heidelberg: Dienstags und Donnerstags von 9—11 Uhr, Rohrbacherstr. 13-15.

Außerordentlich peinlich ist, daß Herr Krüger gleich zu Beginn seiner Mannheimer Tätigkeit ein früherer Mitgefangener über den Weg lief, der in erstaunt fragte: „Nanu, was tust denn Du hier?“ Überhaupt hat Herr Krüger auch in Bruchsal ein herzliches Verhältnis zu manchen Gefangenen, man könnte dieses Verhältnis direkt väterlich nennen, wenn Krüger nicht ein so blutjunger Schnösel wäre. Deshalb hat er auch den Gefangenen Robert Sieger im Mai dieses Jahres, der die Hausordnung übertreten hatte, die Strafe gnädig geschenkt. Oder sollte das etwa besondere Gründe gehabt haben?

Wie Herr Direktor Krüger in Bruchsal die Antifaschisten „bevorzugte“, das geht aus dem Fall des ehemaligen Bäckermeisters und Kammerführers Stephan Pfoh hervor. Dieser Beamte, im Jahre 1934 mehrmals aus politischen Gründen inhaftiert, wurde von Herrn Krüger mit der fadenscheinigen Begründung entlassen, daß er seine Arbeit nicht zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten — das ist Krüger selbst — ausgeführt habe. Allerdings war Herr Krüger mit dem Beamten Pfoh nicht zufrieden, denn dieser hatte gelegentlich der vorschriftsmäßig von ihm vorzunehmenden Kontrolle sämtlicher Fahrzeuge, die die Anstalt verlassen, einige peinliche Feststellungen gemacht, die dem Herrn Direktor Krüger anscheinend nicht angenehm waren. Damit der Entlassungsgrund nicht hinkt, wurde gleich eine zweite Begründung gegeben, nämlich die, daß zu viel Personal im Gefängnis sei. Allerdings wurde sofort nach der Entlassung Pfohs für ihn der Bäcker Batzler aus Philippsburg eingestellt, der den Vorzug hatte, daß sich sein Schwager der persönlichen Bekanntschaft des Herrn Direktor Krüger erfreut.

Wir erwähnten schon, daß Direktor Krüger der Ansicht ist, daß man in der Anstalt keinen Betriebsrat brauchen könne, weil diese „diktatorisch“ geleitet werden müsse. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich Krüger kurzerhand über die Tatsache hinwegsetzte, daß der Beamte Pfoh in demokratischer Wahl gewähltes Betriebsratsmitglied ist. Das Betriebsrätegesetz sieht ausdrücklich vor, daß ein Betriebsratsmitglied nicht entlassen werden kann, wenn es sich nicht gegen das Gesetz verstoßen hat. Herr Direktor Krüger, — nennt er sich zur Zeit eigentlich Heinz Krüger oder Franz Krüger — hat eine überraschend schnell ansteigende Laufbahn hinter sich. Aus bis heute noch nicht gelichtetem Dunkel ist er zu leitender Stelle im Strafvollzug aufgestiegen, ohne allerdings bisher in der Lage zu sein, ohne Hilfe seines Sekretärs auch nur ein Schriftstück niederzuschreiben. Jedem Menschenkenner sagen die Züge seiner Handschrift genügend aus, über seine menschliche und fachliche Qualifikation für diese Stelle.

Das Mannheimer Landesgefängnis hat nun Monate verhängnisvoller Experimente mit immer neuen Direktoren hinter sich. Wir wollen einen von entschieden demokratischen Menschen geleiteten Strafvollzug und hoffen, daß die zuständigen Behörden alles daransetzen werden, um endlich im Mannheimer Landesgefängnis eine Ordnung zu schaffen, die dem Geiste unserer Zeit entspricht.

Freie Volksbühnen

für das schaffende Volk!

Erfurt. Im September soll in Erfurt unter der Bezeichnung „Besuchergruppen des schaffenden Erfurt“ eine neue Volksbühne eröffnet werden. Die Bühne wird der arbeitenden Bevölkerung Erfurts Opern und Schauspiele zu volkstümlichen Preisen und in guter Auswahl bringen.

Apolda. Nach dem Beispiel anderer thüringischer Städte ist jetzt auch in Apolda, das vor 1933 eine „Freie Volksbühne“ besaß, wieder eine Volksbühne gegründet worden, die ihren Mitgliedern verbilligten Theaterbesuch ermöglicht.

Mannheim. Die obigen Beispiele sind eine Mahnung für den neuen Intendanten des Mannheimer Theaters. Auch in Heidelberg und in Karlsruhe wurde schon im Rahmen des Freien deutschen Gewerkschaftsbundes eine Besucherorganisation geschaffen. In Karlsruhe ist man dabei insofern am weitesten fortgeschritten, als der Besucherring weitgehenden Einfluß auf die Spielplangestaltung hat und die Aufnahme mehrerer Stücke in den Spielplan bestimmen kann. Es wäre nicht zum Schaden unseres Nationtheaters, wenn die fortschrittlichen Besuchergruppen ein Wort bei der Gestaltung des Spielplans mitreden könnten. Wir erwarten, daß der Gewerkschaftsbund die Initiative ergreift und mit dem neuen Intendanten in Verbindung tritt, um auch für das schaffende Mannheim eine Volksbühne ins Leben zu rufen.

Direktor Krüger aus Bruchsal „bewährt“ sich in Mannheim

Wir sprachen in unserer letzten Nummer den begründeten Verdacht aus, daß der ehemalige Oberkellner, späterer Hilfspolizist in Memmingen und jetzige Direktor des Zentralgefängnisses Bruchsal Krüger wahrscheinlich nicht der geeignete Mann sei, die durch mehrfachen Direktorenwechsel innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes etwas in Unordnung geratenen Verhältnisse am Landesgefängnis Mannheim wieder in Ordnung zu bringen. Auch in maßgebenden Stellen der Justizverwaltung bestanden von allem Anfang an ernsthafte Bedenken gegen die Einsetzung Krügers zum Direktor in Bruchsal. Wir glauben, daß jetzt, wo der Neuaufbau des Verwaltungsapparates ruhigere Formen angenommen hat, die Zeit gekommen ist, um begangene Fehler zu korrigieren und ernsthaft die Frage zu prüfen, ob Krüger weiterhin an so wichtiger Stelle des Strafvollzugs tragbar ist.

Unser Verdacht hat sich vollauf bestätigt, denn Krüger in fescher militaristischer Aufmachung, mit Koppel und Schulterriemen beginnt in Mannheim mit denselben Mätzchen zu arbeiten, wie sie auch aus seiner Tätigkeit in Bruchsal bekannt sind. Die Bruchsaler Bevölkerung kennt Herrn Krüger und sein anmaßendes Verhalten genau und hat ihn als eine Art Zirkusdirektor betrachtet. Auch die Mannheimer Beamten müssen jetzt, wenn sie ihm begegnen, „in vorschriftsmäßiger Haltung melden“, und die Mütze „bis an das Knie“ abnehmen.

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.

Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Aus russischer Kriegsgefangenschaft

entlassen und auf dem Wege in die Heimat sind folgende Heimkehrer aus unserem Gebiet:

Karl Keller, Mannheim-Waldhof
Karl Henning, Großsachsen
Oskar Baumann, Emmendingen
August Wasmer, Baden-Baden
Hugo Strehlau, Kippenheim bei Freiburg
Zyprian Weiler, Reichenbach/
Murgtal
Adam Walter, Gaggenau
Willi Fischer, Winterkasten i. O.
Johann Helfrich, Waldmichelbach i. O.
Fritz Schmitt, Rheinbischofsheim bei Kehl.
Ernst Haberbosch, Mannheim,
Rheinhäuserstraße 12
Wilhelm Kirschner, Heidelberg,
Plöck 13.

Naziaktivisten ohne Parteibuch

Auch mit diesen wird sich die Spruchkammer zu beschäftigen haben. Der Betriebsleiter der Dillinger Hüttenwerke in Neckarau, Karl Lindner, fällt unter diese Kategorie, für die der Artikel 7 des Entnazifizierungsgesetzes vorgesehen ist.

Nach Aussagen verschiedener Arbeiter hat Lindner zwangsverschleppte Ostarbeiter mit dem Prügel geschlagen.

Zwei Frauen und zwei Männer wurden von Lindner ins Arbeitshaus gebracht. Die Namen der Männer: Leisinger und Eder, die Namen der Frauen: Schrödersacker und Biesemann.

Woher stammt das Fahrrad, das Lindner noch heute in seinem Besitz hat?

Wir haben eine Verfügung vorliegen, worin Lindner den Arbeitern mit dem Rüstungskommando droht, falls sie nicht die von ihm geforderten Überstunden leisten.

Wie lange soll Lindner noch an führender Stelle tätig sein? Die Spruchkammer erwartet die Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten. Die Arbeiter der Dillinger Hüttenwerke verlangen sofortige Stellungnahme des Betriebsrates.

Aktuelle Schriften

„Neues Deutschland“, Zentralorgan der SED, erscheint täglich. Herausgeber: Verlag Neues Deutschland, Berlin SW 68, Zimmerstr. 87/91. Preis: monatl. 5 RM.

„Arbeit und Sozialfürsorge“, erscheint 14-täglich. (0.50 RM, Vierteljahresab. 3 RM.)

„Die Neue Schule“, Monatszeitschrift für demokratische Erneuerung in Unterricht und Erziehung. Verlag Volk und Wissen, Berlin. (0.60 RM.)

„Die Wirtschaft“, Monatszeitschrift für Fragen der deutschen Wirtschaft. Verlag Deutsche Wirtschaft GmbH, Berlin W 8, Jägerstraße 22-23. (1 RM.)

„Demokratischer Aufbau“, Monatszeitschrift für den Aufbau in Gemeinde und Provinz. Allgemeiner Deutscher Verlag, Berlin W 8, Jägerstr. 10-11. (0.80 RM.)

„Die Frau von Heute“, monatliches Organ der Frauenausschüsse. Allgemeiner Deutscher Verlag, Berlin W 8, Jägerstraße 10-11. (0.80 RM.)

Bestellungen auf die
Badische Volksstimme
nehmen alle Postanstalten, Postagenturen, Briefträger und Landpostboten entgegen. Monatsabonnement:
0,50 RM zuzügl. Zustellgebühr.

Aus den Reden Piecks und Grotewohls in Westdeutschland

Wilhelm Pieck:

Der andere Teil der Kriegsverbrecher

Wenn jetzt in den monatelangen Verhandlungen in Nürnberg die Schandtaten der Naziführer aufgezeigt werden, so soll man darüber nie vergessen, daß der andere Teil der Kriegsverbrecher, nämlich die Großindustriellen, die Bankherren, die Großgrundbesitzer und Junker dort noch nicht auf der Anklagebank sitzen. Es wird die Aufgabe des deutschen Volkes sein, gründlich mit ihnen wegen ihrer Verbrechen abzurechnen. (Lebhafter Beifall.)

Die nominellen Pgs.

Gegenüber diesen ungeheuren Verbrechen und diesen schamlosen Verbrechern sei ein Wort zu den sogenannten nominellen Pgs. gesagt. So schwere Strafen wir gegenüber den aktiven Naziverbrechern fordern, so stellen wir die kleinen Pgs. nicht mit ihnen auf eine Stufe. Ihnen wollen wir die Möglichkeit verschaffen, ihre Schuld auszugleichen durch die Einreihung in unsere große Aufbauarbeit der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, aber unter der Bedingung, daß sie offen und ehrlich in unseren Reihen kämpfen.

Otto Grotewohl:

Was geschieht mit der Währung?

Keine Macht der Erde und kein noch so geschicktes Rechenkunststück kann die Tatsache beiseiteschieben, daß in Deutschland der Wert der vorhandenen Gebäude von

250 Milliarden durch Zerstörungen und Räumungen auf 150 Milliarden zusammengeschrumpft ist. Das überwiegende Sachvermögen der Betriebe und Privatleute ist von 300 Milliarden auf 125 Milliarden zusammengeschrumpft. Das gesamte deutsche Sachvermögen beträgt also bestenfalls noch ein Drittel Billionen Reichsmark, dem eine Schuldenlast durch die großwahnwitzige Politik Hitlers in Höhe von dreiviertel Billionen gegenübersteht. Es ist der schauerlichste und grandioseste Staatsbankrott, den je die Welt erlebt hat.

Grotewohl zeigt dann auf, wie in der Ostzone durch einen Kaiserschnitt, nämlich durch Sperrung und Annullierung aller Bankguthaben dieser Lage Rechnung getragen wurde. Für die westlichen Zonen Deutschlands sieht er einen finanziellen und ökonomischen Hohlraum, in dem unsere Wirtschaft vor neue Erschütterungen gestellt wird.

Eine große Sozialistische Partei!

Das Ziel unserer Einigungsbestrebungen besteht nicht darin, aus zwei drei zu machen, sondern aus zwei Parteien eine große Partei. (Beifall.) Uns kommt es nicht darauf an, unserer Partei zu helfen, sondern der Arbeiterklasse und dem deutschen Volke. Der Einigungswille der sozialistischen Arbeiterklasse muß aus ihr innerlich heraus und er wird aus der Arbeiterschaft selbst herauskommen!"

Einheit der Arbeiterparteien, das Fundament

unserer nationalen Einheit

Max Fechner auf den Einheitskundgebungen in Nürnberg und München

Die Erkenntnis, daß die beiden Arbeiterparteien praktisch zusammenarbeiten müs-

In der EINHEIT liegt



die Stärke der Arbeiterschaft!

sen, um sich schließlich zu vereinigen, diese Erkenntnis wird unaufhaltsam in Herz und Kopf jedes schaffenden Deutschen Platz greifen.

Diese Entwicklung zur Einheitspartei aller Schaffenden in ganz Deutschland ist unabwendbar.

30 Jahre deutsche Geschichte, die Gemeinsamkeit der Not und die Sicherung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands verlangen unaufschiebbar die große sozialistische Partei.

Da helfen auch keine niedrigen Angriffe und Schmähungen, keine kleinlichen Diffamierungen und eiligst aufgerichtete Widerstände durch engherzige Parteiführer.

Nein, Genossinnen und Genossen, das ist der große geistige und schöpferische Prozeß, der in der kommenden Zeit sich in

der deutschen Arbeiterklasse in allen Teilen unseres Vaterlandes vollziehen wird.

Aus dem Prüfen und Zweifeln, aus dem Wagen und Vergleichen wird mit der ehernen Notwendigkeit eines Naturgesetzes das Bekenntnis zur Einheit immer stärker und stärker werden, bis es endlich vollbracht ist, das große Werk, das feste Fundament für Deutschlands Wiederaufbau: die Einheitspartei aller Werktätigen.

Arbeitsminister Kohl zum Betriebsrätegesetz

Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, ihr schärfstes Augenmerk darauf zu richten, daß nicht die Tendenz des Bismarckschen Polizeistaates, die leider in der Weimarer Republik bis zu einem gewissen Grad ihre Fortsetzung gefunden hat, auch bei der Anwendung des Betriebsrätegesetzes hier wieder in Erscheinung tritt. Das Betriebsrätegesetz soll und muß ein lebendiges Gesetz sein, nicht behindert durch einen reaktionären bürokratischen Apparat, der in seiner Endkonsequenz eine Hemmung und Zerschlagung des Gesetzes bedeuten würde. Der schaffende Mensch in Deutschland will nicht mehr Gefolgschaftsmitglied, sondern ein mitbestimmender Faktor im Betrieb sein und auch als solcher im Staatsleben gewertet werden. Nur so wird es möglich sein, dem immerhin engen Rahmengesetz den notwendigen Inhalt zu geben.

(Rundfunkansprache am 15. 8. 46.)

**Sichert Eure Löhne
durch Kontrolle der Preise!**

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 40 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden. Fr. 10. 4. 46.